In dem Schiedsgerichtsverfahren der

1. J aus D,
2. S aus D

-Antragsteller-

g e g e n

1. C aus D,
2. K aus D,
3. M aus D

-Antragsgegner-

hat das Bundesschiedsgericht am 20.2.93 durch seinen Vorsitzenden Johann Müller-Gazurek, die gewählten Beisitzer Rainer Hasenbeck und Thomas Dittberner sowie die benannten Beisitzer Ingrid Maas und Günter Karen-Jungen beschlossen:

Auf das Rechtsmittel der Antragsgegner hin wird die Entscheidung des Landesschiedsgerichts vom 08.10.92 aufgehoben.

I.

Die Antragsteller sowie die Antragsgegner zu 1) und 2) sind Mitglieder des Rates der Stadt D, der Antragsgegner zu 3) Mitglied einer D'er Bezirksvertretung.

Alle Beteiligten sind auf Vorschlag des Beigeladenen Kreisverbandes D in diese kommunalen Vertretungskörperschaften gewählt worden. Im Verlauf der Arbeit kam es zu erheblichen Auseinandersetzungen, die darin gipfelten, daß der Antragsgegner zu 1) gegen einen ehemaligen Mitarbeiter der Fraktion DIE GRÜNEN im Rat der Stadt D tätig wurde. Im Gefolge hielten, obwohl sich der Antragsgegner zu 1) hierfür entsprechend entschuldigt hatte, eine Anzahl von Mitgliedern der Ratsfraktion eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr für möglich. Die Antragsgegner waren der Auffassung, es handele sich dabei um vorgeschobene Gründe, um ihnen die weitere Arbeit im Rat der Stadt D unmöglich zu machen und sahen nach ihrer Auffassung daher keine Möglichkeit zur Arbeit im Rahmen der Fraktion. Daher gründeten sie eine Fraktion Grün/Alternative Liste (GAL) im Rat der Stadt D.

Daraufhin beantragten die Antragsteller beim Landesschiedsgericht den Ausschluß der Antragsgegner aus der Partei. Das Landesschiedsgericht gab diesem Antrag am 8.10.92 nach mündlicher Verhandlung statt.

Hiergegen ging am 28.10.92 beim Bundesschiedsgericht die Rechtsmittelschrift ein, mit der vorgetragen wird, im Verfahren sei zum einen der Anspruch der Antragsgegner auf rechtliches Gehör verletzt worden, zum anderen seien die Antragsteller nach Satzung und Landesschiedsordnung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der GRÜNEN nicht antragsberechtigt.

Die Antragsteller beantragen,

die Entscheidung des Landesschiedsgerichtes vom 8.10.92 aufzuheben und den Antrag auf Parteiausschluß als unzulässig abzuweisen.

Die Antragsgegner beantragen,
das Rechtsmittel zurückzuweisen.

Im Termin zur mündlichen Verhandlung am 20.2.1993, zu dem alle Beteiligten geladen waren, hat der beigeladene Kreisverband erklärt, er halte die Antragsteller nicht für antragsberechtigt, werde jedoch seinerseits nach Abschluß des Verfahrens ein Parteiordnungsverfahren gegen die Antragsgegner einleiten. Wegen des Sachverhalts im übrigen wird auf die gewechselten Schriftsätze sowie den Akteninhalt Bezug genommen.

II.

Das form- und fristgerecht eingelegte Rechtsmittel der Antragsgegner ist begründet, da die Antragsteller im Parteiordnungsverfahren nicht antragsbefugt sind.

Der Beschluß des Landesschiedsgerichtes vom 8.10.92 verletzte die Antragsgegner daher in ihren Rechten als Mitglieder der Partei DIE GRÜNEN und war aufzuheben.

Ziff. 11 Abs. 5 des Landessatzung der GRÜNEN NRW ermächtigt die Landesdelegiertenkonferenz eine Schiedsgerichtsordnung für das Landesschiedsgericht zu erlassen. Davon hat die Landesdelegiertenkonferenz LDK in Langenfeld am 26./27.5.90 Gebrauch gemacht und die Landesschiedsgerichtsordnung (LGO) erlassen. Nach deren Ziff. 4 Abs. 3 ist beim Landesschiedsgericht antragsberechtigt jedes Parteimitglied, sofern es in der Sache unmittelbar persönlich betroffen ist.

Im Falle der Antragsteller fehlt es an der unmittelbaren persönlichen Betroffenheit. Die Persönlichkeit des Menschen ist juristisch definiert als die Individualsphäre seiner persönlichen Eigenart (OLG Hamburg NJW 67, 2314), in der Geistesgeschichte wird die Persönlichkeit als der einzelne Mensch, insofern er seine Anlagen zu besonderer Entfaltung und Ausprägung in Form individueller Eigenart, charakterliche Originalität und sittliche Identität gebracht hat, bezeichnet (Brockhaus Enzyklopädie 19. Aufl., Mannheim 1991). Das aus Art. 2 Abs. 2 i.V.m. Art. 1 des GG abgeleitete allgemeine Persönlichkeitsrecht umfaßt das Recht des einzelnen auf Achtung und Entfaltung seiner individuellen Persönlichkeit. Die LGO will erkennbar mit dem Antragserfordernis der unmittelbaren persönlichen Betroffenheit nicht zulassen, daß jedes Parteimitglied, das sich selbst von einer Entwicklung in der Partei beeinträchtigt fühlt, damit im Sinne der sog. Popularklage ein Antragsrecht vor dem Landesschiedsgericht erhält, sondern will vielmehr das dargelegte Persönlichkeitsrecht schützen. Persönliche Belange der Antragsteller im dargelegten Sinne sind jedoch nicht berührt. Dabei handelt es sich um eine politische Betroffenheit der Antragsteller. Dies zeigt auch Ziff. 7 Abs. 1 der LGO, die insofern auch *lex specialis* zur allgemeinen Antragsberechtigung der Ziff. 4 Abs. 3 ist. Ziff. 7 Abs. 1 LGO zählt die Beteiligten des Ordnungsverfahrens abschließend auf, einzelne Mitglieder werden dort nicht genannt, sondern ausschließlich Parteiorgane.

Daraus ergibt sich zwingend, daß einzelne Mitglieder kein Ordnungsverfahren einleiten können. Die Bundespartei hat den Antragsgegnern die Kosten ihrer anwaltlichen Vertretung zu erstatten (Ziff. 2 BSchGO), der Streitwert hierfür wird auf 3.000,- DM festgesetzt.